



Pressesprecherin: Stephanie Gräß

Stellvertretung: Claudia Bunk

presse@lfp.bayern.de

+49 9621 9669-1600

Der Leiter des Landesamts für Pflege Achim Uhl verlässt das LfP

Der Leiter des Bayerischen Landesamts für Pflege (LfP), Achim Uhl, verlässt die Behörde auf eigenen Wunsch. „Als selbst pflegender Angehöriger zieht es mich wieder in meine Heimat – und ich freue mich dort auch auf eine neue berufliche Herausforderung“, begründete Uhl seine Entscheidung am Freitag in Amberg.

Achim Uhl war seit November 2021 Leiter des Bayerischen Landesamts für Pflege und hat dessen Aufbau als wissenschaftliche Fachbehörde zu dessen heutiger Größe von etwas mehr als 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern maßgeblich gestaltet. Zentrale Erfolge seiner Amtszeit waren unter anderem die Übernahme der Anerkennungsverfahren ausländischer Pflege-Berufsabschlüsse und die Fachsprachenprüfung von Gesundheitsfachberufen, der Aufbau der zentralen Anlaufstelle „Pflege-SOS Bayern“ für Hinweise auf Missstände in Pflegeheimen und der Aufbau des Landeskompetenzentrums PFLEGE-DIGITAL Bayern. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege. Wichtige Impulse gehen aus der Strategie „Gute Pflege. Daheim in Bayern“ und der Förderrichtlinie „GutePflegeFÖR“ hervor, die die Bayerische Staatsregierung in der Amtszeit von Achim Uhl geschaffen hat.

Achim Uhl war vor der Übernahme der Leitung des LfP bereits seit mehreren Jahrzehnten im Bereich der pflegerischen Betreuung und Unterstützung tätig. Nach seiner Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger und seinem Fachabitur im Jahr 1994 studierte er an der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt Pflegewissenschaften. Nach seinem Abschluss erlangte er 2007 an der Universität Koblenz-Landau seinen Masterabschluss in Gesundheitsmanagement und Public Health.

Das StMGP bedauert den Abschied von Achim Uhl sehr und wünscht ihm alles Gute für die private und berufliche Zukunft. Ab dem 15. April wird das LfP vorübergehend aus dem Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention als oberste Dienstbehörde unterstützt, bis die Nachfolge geklärt ist.